

**Politisches Heringessen: Auch die Bergsträßer FDP kommt um die Flüchtlingsfrage nicht herum / „Ängste ernst nehmen“**

## Hände weg vom Häuschen

Von Karl-Heinz Schlitt



Die FDP will im Kreistag an Stärke zulegen - und aktiviert fürs Buhlen um die Wählergunst auch alte Kämpen wie den früheren Landtagsabgeordneten Roland von Hunnius (links) und den ehemaligen Kreisbeigeordneten Gottlieb Ohl (rechts). Neben ihm Spitzenkandidat Christopher Hörst, die erfolgreiche norddeutsche Quereinsteigerin Lencke Steiner und Kreisvorsitzender Till Mansmann.

© Lotz

Bergstraße. Lencke Steiner ist erfrischend anders. Noch jedenfalls. In Insiderkreisen gilt die 30 Jahre alte Unternehmerin aus dem hohen Norden als Politstern der neuen Generation. Im Mai vorigen Jahres hat sie, damals noch parteilos, die FDP zurück in die Bremische Bürgerschaft gehievt - der "finsternen Ausgangssituation" zum Trotz.

Beim politischen Heringessen der Bergsträßer Liberalen gewährte die Seiteneinsteigerin einen authentischen Einblick in ihr Erfolgsrezept. Die wichtigste Zutat heißt Emotion. Denn: "Politiker", hat Steiner erkannt, "sprechen immer die gleiche Sprache", gehen mit Fremdwörtern und Fachbegriffen hausieren und "setzen zu viel Wissen voraus".

Ihren Wahlkampf hat die Spitzenkandidatin deshalb auf drei Kernthemen eingedampft. Medienwirksam verkündet wurden sie an einem "sinn- und identifikationsstiftenden Ort" - vor 400 geladenen Gästen in der V.I.P.-Lounge des Bremer Weserstadions. Mit etwas

Vergleichbarem können die Bergsträßer Freien Demokraten nicht dienen. Nach guter alter Gepflogenheit ließen sie deshalb in einem Heppenheimer Traditions-gasthaus passend zum Aschermittwoch sauer eingelegten Fisch mit Sahne servieren.

### **Vier Themen, die der FDP sonst noch wichtig sind**

Schule: Die Partei stand in der Koalition mit der CDU und den Freien Wählern Pate beim Schulbauprogramm von Ex-Landrat Matthias Wilkes. Der geschaffene hohe Standard soll erhalten und ausgebaut und mit einem Digitalisierungs-Pilotkreis ein neuer Akzent gesetzt werden.

Finanzen: Nach wie vor kommt für Kreisaufgaben zu wenig Geld vom Land, kritisiert die FDP. Die Mittel aus der Kreis- und Schulumlage resultieren aus Steuereinnahmen, die in den Kommunen erwirtschaftet werden. Ein sparsamer Umgang damit ist für die Freien Demokraten "die vornehmste Aufgabe der Kreispolitik."

Verkehr: Der Personennahverkehr auf Schiene und Straße soll bedarfsgerecht ausgebaut werden, insbesondere die Anbindung an den Flughafen Frankfurt. Weitere Stichworte sind die Ortsumfahrung Mörlenbach und die Fortführung der B38 a nach Rimbach und Fürth sowie - in enger Abstimmung mit den Anliegern - die Umgehung des Lampertheimer Stadtteils Rosengarten.

Demografie: Gefordert werden neue Wohnformen und Pflegeeinrichtungen für ältere Menschen. sl

"Die CDU hat sich von der Ära Wilkes endgültig verabschiedet. Christian Engelhardt ist ein willfähriger Landrat am Rockzipfel des Kreisvorsitzenden Dr. Michael Meister."

"Der Kreisbeigeordnete Matthias Schimpf kann bei der FDP gerne Asyl bekommen. Er ist ein sach- und fachkundiger Dezernent, der gute Arbeit leistet und die Flüchtlingskrise bisher sehr gut managt. Schlecht ist nur, dass er der falschen Partei angehört."

"Flüchtlinge müssen schneller in Arbeit gebracht werden."

"Bei der schwarz-grünen Koalition vermisse ich seit fünf Jahren jeglichen neuen Impuls."

"Ich frage mich: Muss man die Schön-Klinik in Lorsch auf die grüne Wiese bauen, wenn in Bensheim das Heilig-Geist-Hospital womöglich bald leer steht? Ich wünschte mir mehr Kreativität in der Kreispolitik."

"Wir erleben gerade einen politischen Wettlauf um Subventionszuschüsse. Es muss andere Lösungen geben als eine finanzielle Beteiligung des Kreises an Kliniken, deren wirtschaftlicher Betrieb nicht gewährleistet ist".

"Wer keine Windräder im Landkreis haben will, ist bei der FDP richtig."

Für die verbale Würze sorgte der Gast aus der Freien Hansestadt nicht zuletzt mit einer Brandrede gegen die andernorts bereits praktizierte Beschlagnahmung von leerstehenden Wohnungen für die Unterbringung von Flüchtlingen. Für Lencke Steiner wird damit nicht nur

das im Grundgesetz verbrieftete Recht aufs Eigentum ausgehebelt. Es sei auch ein verheerendes Signal in die Bevölkerung und ein "Nährboden für die Idioten von rechts".

Ängste müssen von der Politik ernst genommen werden, mahnt auch Christopher Hörst, der Listenführer der FDP für die Kreistagswahl. Allerdings weiß er auch, dass der Südzipfel des Hessenlandes von Horrorszenarien wie in Hamburg oder Berlin-Kreuzberg weit entfernt ist. Dass Turnhallen zu Flüchtlingsunterkünften umfunktioniert werden, ist im Landkreis kein Thema - jedenfalls derzeit nicht. Mit der Anmietung leerstehender Immobilien habe das Landratsamt Vorsorge getroffen, lobt Hörst den dafür zuständigen Dezernenten Matthias Schimpf.

Dass sie mit ihrem Hinweis auf die Bedrohung von Eigentumsrechten den Teufel an die Wand malt oder gar Panik bei Hausbesitzern schürt, will die Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Steiner denn auch so nicht stehenlassen.

### **Zwang bei uns kein Thema**

Die Rechtslage ist in der Tat eindeutig. Auf private Immobilien dürfen Städte und Gemeinden ohne Einverständnis des Besitzers nur im äußersten Notfall zugreifen - und nur gegen eine angemessene Entschädigung. Voraussetzung für eine Beschlagnahme ist ein "polizeilicher Notstand". Davon kann aber noch lange keine Rede sein - anders als in der Nachkriegszeit. Damals waren zwölf Millionen Menschen unterzubringen - und viele Städte ausgebombt.

Das Gute an Terminen wie dem gestrigen ist, dass sie Raum für Differenzierungen lassen. Wie die FDP überhaupt darauf bedacht ist, keine simplen Problemlösungen anzubieten. Als "einzige Partei", behauptet Hörst, hätten die Freien Demokraten ein ganzheitliches Konzept vorgelegt. Es regele, wie mit Verfolgten im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und des Grundgesetz-Artikels 16 (Asyl) umzugehen ist, wer nur eine befristete und wer gar keine Aufenthaltserlaubnis erhält. Bedarfsgerechte Zuwanderung will die FDP über ein Einwanderungsgesetz steuern.

Die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise sieht Christopher Hörst als europäische Aufgabe. Wenn Polen "nur Katholiken aufnimmt und England den Tunnel schließt", dann sei dies ein Unding. Eine Obergrenze für Flüchtlinge, die nach Deutschland einreisen wollen, lehnt die FDP ab, stellt der Kreisvorsitzende Till Mansmann klar. Auch das Schengener Abkommen mit dem Verzicht auf Grenzkontrollen wollen die Freien Demokraten nicht antasten.

Andererseits verkennen sie nicht das "Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung, das ein Staat erfüllen muss". Spitzenkandidat Hörst nimmt hier die beiden Bergsträßer Bundestagsabgeordneten in die Pflicht, ihren Einfluss in Berlin geltend zu machen. Schließlich seien Christine Lambrecht und Dr. Michael Meister keine Hinterbänkler im Berliner Politikbetrieb. Vom Landrat erwartet Hörst, dass er seinen Parteichef in die Pflicht nimmt, "Lösungen zu liefern".

*Donnerstag, 11.02.2016*